

Hessen verändern

Wir wollen die Politik in Hessen verändern. Was heißt das für Sie? Mit unseren Stimmen wird es keine Kürzungen im Sozial- und Personalbereich, keine Verschlechterungen beim Umweltschutz und keine weiteren Privatisierungen geben.

Wir brauchen eine Stärkung der Einnahmeseite durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für die ganz Reichen; damit wären in Hessen jährlich mehr als 1,2 Milliarden Euro mehr in der Landeskasse – für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, gute Bildung und nachhaltige ökologische Entwicklung.

Die zentralen Projekte der LINKEN für einen Politikwechsel in Hessen

- Arbeit und gerechte Löhne: 25.000 tariflich entlohnte Arbeitsplätze und Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
- Ein Anti-Armutsprogramm: Eine Hessen-Card, die wirtschaftlich schwachen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, etwa durch ermäßigte Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs oder ermäßigten Eintritt bei Freizeit- und Kulturangeboten
- Gute Bildung für Alle: Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse in Gemeinschaftsschulen als Regelschulen
- Von Arbeit muss man leben können: Flächendeckender Mindestlohn von € 8,71 wie in Frankreich
- Keine Tariffucht im öffentlichen Dienst: Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Wiedereinführung fester Ladenöffnungszeiten
- Mehr Demokratie und Mitbestimmung

**Machen Sie mit – Diskutieren Sie mit uns –
Im Landtag oder bei Ihnen vor Ort –
Engagieren Sie sich in der LINKEN:**

DIE LINKE - Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611-3506090, Fax: 0611-3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
Internet: www.linksfraktion-hessen.de

FÜR DEN POLITIKWECHSEL IN HESSEN!

Soziale Gerechtigkeit, gute Bildung,
mehr Demokratie und
nachhaltige ökologische Entwicklung.
www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Gute Arbeit und gerechte Löhne

Obwohl Hessen eines der reichsten Bundesländer ist, können viele Menschen von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben. Die Politik von Agenda 2010 und Hartz IV hat für Menschen ohne Erwerbseinkommen eine unwürdige Situation geschaffen. Deshalb: Keine Ein-Euro-Jobs mehr in Hessen – diese wollen wir in sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte Stellen umwandeln. Dazu werden Mittel aus EU, Bund und einem zu schaffenden Landestopf zusammengeführt. Wir wollen 25.000 Arbeitsplätze schaffen: Wir fordern Investitionen im Bildungs-, Umwelt- und Sozialbereich, die Streichungen aus Kochs „Operation sichere Zukunft“ müssen komplett zurück genommen werden. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss wieder durch Beitritt in die Tarifgemeinschaft der Länder geregelt werden.

Anti-Armutsprogramm

Bessere Erwerbschancen sind der beste Schutz gegen Armut. Auf dem Weg dahin, bekämpfen wir insbesondere Kinderarmut, indem wir für eine preiswerte Teilnahme am gemeinsamen Essen in der Schule sorgen. Auch wer wirtschaftlich schlecht gestellt ist, muss am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb gibt es im Rahmen unseres Anti-Armutsprogramms die Hessen-Card, die kostengünstige Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs und einen ermäßigten Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten ermöglicht.

Jeden fördern – Keinen zurücklassen: Gleiche Bildungschancen für Alle

Bildung darf keine Frage des Geldbeutels, des Geschlechts oder der Herkunft sein. Deshalb fordern wir die kostenlose Bildung von der Krippe bis zur beruflichen Weiterbildung. Dazu braucht es mehr Personal und mehr Geld, beispielsweise für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans in den Kindertagesstätten, den flächendeckenden Aufbau der Gemeinschaftsschule als Regelschule bis zur 10. Klasse, die

Sechs Monate LINKE im Hessischen Landtag

- Abschaffung der unsozialen Studiengebühren
- Abschaffung der unsäglichen „Unterrichtsgarantie Plus“
- Tarifierhöhung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst
- Bis zu 2000 Neueinstellungen an den hessischen Schulen

Alle Beschlüsse wären ohne den kontinuierlichen Druck von links nicht möglich gewesen. Hier werden wir anknüpfen!

Koch blockiert weiter

- Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge
- Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Bundesratsinitiative für gesetzlichen Mindestlohn
- Veränderte Politik und Abstimmungsverhalten im Bundesrat

Weil die Koch-Regierung diese Parlamentsbeschlüsse ignoriert und den Politikwechsel versperrt, muss sie abgewählt werden!

Einführung eines Schulsachenfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler, die Demokratisierung der Hochschulen und eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Hessen.

Hessen: Für eine friedliche Außenpolitik

Von Hessen aus dürfen keine Kriege vorbereitet oder gar durchgeführt werden. Deshalb sind wir gegen die Verlagerung des Europa-Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte nach Wiesbaden und dessen Förderung aus Landesmitteln. Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr haben an hessischen Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen!

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik

Energiepolitik ist dem öffentlichen Interesse an einer bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung zu unterstellen. Es ist höchste Zeit für eine Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum. Deshalb streiten wir für eine Energiewende auf der Basis regenerativer Energien, die Regionalisierung der Energieerzeugung und deren demokratische Kontrolle.

**LINKS
WIRKT!**

Der Ausbau des Flughafens Frankfurt würde die Umwelt und Anwohner unzumutbar belasten. Mit oder ohne den Ausbau fordern wir ein uneingeschränktes Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr. Die wirtschaftlich unsinnigen, verkehrspolitisch kontraproduktiven und ökologisch unverantwortlichen Planungen für den Flughafen Kassel-Calden dürfen erst gar nicht genehmigt werden.

Für gesellschaftliche Teilhabe, Demokratie und Mitbestimmung

Demokratie lebt von der Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb ist der Ausbau direkter Demokratie in Kommunen, Kreisen und auf Landesebene beispielsweise durch die Vereinfachung von Volksbegehren in Hessen eine unserer zentralen Forderungen. In den Betrieben muss die gewerkschaftliche Mitbestimmung wieder gestärkt werden. Im Hessischen Personalvertretungsgesetz müssen mindestens alle Koch'schen Verschlechterungen gestrichen werden.

Impulse aus Hessen für den Politikwechsel im Bund:

Auch in der Bundespolitik muss ein Politikwechsel stattfinden. Deswegen darf eine zukünftige hessische Landesregierung auch im Bundesrat keinem weiteren Sozialabbau, keinen Stellenkürzungen oder Privatisierungen zustimmen.

Stattdessen fordern wir Bundesratsinitiativen:

- Wiedererhebung der Vermögenssteuer
- Einführung eines Mindestlohnes von mindestens 8,71 € wie in Frankreich
- Abschaffung von Hartz IV, als ersten Schritt Erhöhung des Regelsatzes auf 435,00 €
- Abschaffung der „Rente mit 67“
- Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige